

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 59. Ratssitzung vom 21. August 2019

1558. 2018/240

**Postulat von Andrea Leitner Verhoeven (AL) vom 20.06.2018:
Offenlegung der Verbindungen eines Unternehmens zur Sklaverei bei Geschäfts-
beziehungen mit der Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Andrea Leitner Verhoeven (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 159/2018): Wir fordern mit unserem Postulat den Stadtrat auf zu prüfen, wie er dafür sorgen kann, dass Unternehmen, die mit der Stadt Geschäftsbeziehungen unterhalten oder aufnehmen wollen, ihre Firmengeschichte mit Fokus auf die atlantische Sklaverei aufarbeiten und offenlegen, beispielsweise indem sie kommunizieren, wenn Erträge aus Sklavenarbeit den Grundstock der Firma gelegt haben. Diese Offenlegung soll in gut schweizerischer Manier eigenverantwortlich erfolgen. Vergleichbar mit der Handhabung in der US-amerikanischen Stadt Chicago würde die Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich dann beendet, wenn sich herausstellt, dass entsprechende Nachweise unterschlagen wurden. Unser Postulat steht thematisch etwas quer in der Landschaft, gerade auch mit Blick auf die heutige Tagliste. Es wurde im Hinblick auf das Jubiläumsjahr zum 200. Geburtstag von Alfred Escher und Gottfried Keller 2019 eingereicht. Ich bekam häufig zu hören, dass unsere Forderungen schon bald einen so langen Bart hätten wie jener dieser beiden Herren. Einige finden, die Probleme, mit denen wir in der Zukunft konfrontiert würden, seien grösser und drängender, und man soll aufhören, in die unrühmlichen Kapitel der Vergangenheit zu schauen. Es ist in unseren Augen aber nicht damit getan, wenn Firmen beispielsweise die Auflagen des britischen «Modern Slavery Act» erfüllen oder sich in Zukunft im Sinn der Konzernverantwortungsinitiative verpflichten. Es braucht auch immer wieder den offenen Blick auf die Geschichte, und diese Geschichte muss auch immer wieder neu geschrieben werden. Der Inhalt unseres Postulats schlägt mehrere Fliegen mit einer Klappe. Es ist erstens unterdessen bekannt und belegt, dass die wissenschaftliche Quellenforschung nur dann gründlich arbeiten kann, wenn auch Grosskonzerne ihre Bücher offenlegen, sprich ihre Archive für die Geschichtsforschung öffnen. Wirtschaftsgeschichte und Firmengeschichte kann nicht getrennt von der sozialen und politischen Geschichte gesehen werden. Zweitens verfolgen bereits diverse Städte in den USA diesen Ansatz, es besteht eine rund zehnjährige Erfahrung damit. Organisationen von Nachkommen von Sklavinnen und Sklaven, Bürgerrechtsbewegungen und Exponentinnen aus der Politik basieren Forderungen nach Wiedergutmachungsmassnahmen auf dieser «Slavery Era Disclosure»-Verordnung. Das Thema ist noch lange nicht abgeschlossen und wird in den USA seit Inkrafttreten dieser Verordnung rege auch öffentlich diskutiert. Es gilt als unbestritten, dass zwischen vergangener Sklaverei und der schwächeren Stellung in der Gesellschaft für die Folgegenerationen von Sklavereiopfern ein starker Zusammenhang besteht, und dass eine mangelhafte

Aufarbeitung von diesem massiven Verbrechen gegen die Menschlichkeit der alte Rassismus weiterhin stärkt und neue Ressentiments schürt. Wenn Zürich multinationale Firmen ebenfalls in die Verantwortung nimmt, ist dies auch ein internationaler Beitrag zu einem solidarischen Verhalten gegenüber den Betroffenen. Drittens: Während Firmen in den USA streng genommen nur nachweisen müssen, wenn sie in irgendeiner Weise von der nordamerikanischen Sklaverei profitiert haben, nicht aber beispielsweise von Sklavenarbeit auf Kuba, wäre der Zürcher Ansatz für die Aufarbeitung dieser Geschichte ergiebiger, weil er alle Amerikas und auch die karibischen Inseln einbezieht. Viertens wäre eine erfolgreiche Schweizer Wirtschaft ohne Kolonialismus undenkbar gewesen. Die Schweiz gehörte immer zu den Hauptprofiteurinnen des Kolonialismus, auch wenn sie selbst keine Kolonien besass. Das, was damals – vor allem im 19. Jahrhundert – durch die kolonialistischen Verbindungen in der Schweiz aufgebaut wurde, begründet zu einem guten Teil unseren heutigen Wohlstand. Die Schweiz war über die Wirtschaft immer schon international vernetzt. Dies steht im Gegensatz zu dem immer noch beliebten Bild der Insel in den Bergen, mit den aufrechten, unabhängigen und in jeder Hinsicht unschuldigen und unbeteiligten Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Kolonialismus hat ausserdem die Ideologie verstärkt, dass die westeuropäische Kultur allen anderen Kulturen überlegen sei. Dieses eurozentrische Selbstverständnis haben auch viele Schweizerinnen und Schweizer verinnerlicht, oft kombiniert mit einem helvetozentrischen Schokoladekern. Kostproben davon hören wir auch immer wieder im Rat. Wir wollen unser Postulat als Puzzleteil einer postkolonialen, polyzentrischen Geschichts- und Kulturauffassung sehen.

Stefan Urech (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. Juli 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Vorbilder für den Vorstoss sind Städte wie Los Angeles, Chicago, Oakland, Detroit. Das sind alles seit Jahrzehnten von der demokratischen Partei regierte Städte. In den Ranglisten sind diese Städte immer ganz weit oben bezüglich Kriminalitätsraten oder Arbeitslosigkeit. Auch dort sieht man, dass sich die Linken mit den «wahren» Problemen auseinandersetzen, nämlich mit solchen Formulare, und nicht mit dem, wo den Leuten der Schuh drückt. Nun gut, das sind ihre Vorbilder. Ich habe mir diese Vorbilder angeschaut, als erstes die «Slavery Era Disclosure Ordinance» von Los Angeles, wobei ich mich vor allem dafür interessiert habe, was ihr Ziel ist. Es steht explizit darin, dass in der Stadt viele Nachkommen von Sklavinnen und Sklaven leben und die Aufarbeitung deshalb wichtig sei. Es geht also in Los Angeles vor allem um die Aufarbeitung dieses Themas für die Nachkommen. Im Postulat wurde aber auch Chicago erwähnt. Dort geht man ein bisschen weiter. Ich habe die Aussagen der Demokratin gelesen, die das Anliegen in Chicago vorgebracht hat. Sie sagt: «If they answer wrong, they can no longer do business with the city.» Es geht also nicht darum, wie viele Arbeitsplätze die Firmen heute schaffen für Minderheiten, für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt. Die Aufarbeitung von irgendwelchen Dogmas ist wichtiger als das, was heute ist. Ich habe auch das auszufüllende Formular angeschaut. Es hat mich an etwas Bestimmtes erinnert: Diejenigen, die schon einmal in die USA geflogen sind, kennen den Zettel, den man im Flugzeug bekommt. Darauf wird gefragt: «Are you a nazi?» oder ob Familienmitglieder Nazisympathisanten gewesen seien. Weiter unten kann man dann ankreuzen, ob man ein Terrorist sei, «yes or no».

Genauso sieht das Formular aus, das die Präsidentin oder der Präsident einer Firma bezüglich der Vergangenheit mit Sklaverei ausfüllen muss. Das zeigt doch, dass es schlussendlich nicht mehr als eine bürokratische Alibiübung ist, die nichts bringt. Dass man Themen wie Sklaverei aufarbeitet ist sicher sinnvoll und wichtig. Aber die historische Aufarbeitung von solchen Themen ist Aufgabe der Hochschulen, die sich diesem Thema auch schon seit Jahren widmen.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Wir behandeln heute schon zum zweiten Mal einen Vorstoss, in dem die AL zusammen mit der SP die Geschichte der Sklaverei und die Verstrickungen unserer Vorfahren in dieses Leid aufarbeiten wollen. Geschichtliches Wissen ist wichtig. So besteht wenigstens die Hoffnung, dass vergangenes Unrecht nicht wiederholt wird. Soweit, so löblich. Es gibt aber einige Aspekte, die gegen dieses konkrete Postulat sprechen. Unrecht wird von Menschen begangen, nicht von Unternehmen. Beim Beispiel Alfred Escher ist die Verbindung ja nicht einmal direkt, er hatte ja mit dieser Farm nichts zu tun. Die gehörte einem Onkel, den er nicht einmal kannte. Es ist nicht zielführend, Mitarbeitende von heute für Fehler ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger von vor vielen Jahren zu bestrafen. Wenn man schon so etwas wie Sippenhaft will, müsste man das für Arbeitsverträge mit Menschen und nicht für Firmen fordern. Eigentlich müsste der Stadtrat also gebeten werden zu prüfen, wie die Aufrechterhaltung von Arbeitsverträgen vom Engagement der Mitarbeiter zur Offenlegung der Verbindungen ihrer Vorfahren zu Gräueltaten abhängig gemacht werden könnte. Merken sie jetzt, wie absurd diese Forderung ist? Die FDP unterstützt jede politisch neutrale Aufarbeitung der Geschichte. Gesinnungsforschung und Sippenhaft lehnt sie jedoch ab, und damit auch dieses Postulat. Sie fordert die AL zudem auf, ihr historisches Bewusstsein auch hinsichtlich von Taten von Regimes zu schärfen, die ihr ideologisch näherstehen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Sie begründen Ihr Postulat stark mit Vergleichen zu den USA. Wenn Sie die Geschichte der USA etwas kennen und die Geschichte der Schweiz etwas kennen, könnten sie darauf schliessen, dass die USA mit ihrer Geschichte der Sklaverei und des Bürgerkriegs einen massiv grösseren Bezug zu diesem Thema hat. In Detroit und anderen Städten lebt ein grosser Anteil Afroamerikaner, was dem Thema mehr Brisanz verleiht. Daraus zu schliessen, dass dieses Süppchen in der Schweiz genauso aufgekocht werden könne, ist dürftig. Es weist in die Richtung, wo die Linken meistens stehen: Schweizmüdigkeit, Ablehnung der eigenen Kultur, alles Fremdländische ist gut, alles traditionell Schweizerische ist schlecht und lächerlich. Darauf fallen nur dumme, ungebildete SVPLer herein, während die gebildete, linksliberale Mittelschicht sowieso zur Welt hin geöffnet ist. Das ist der Kern der linken Ideologie. Zweites Argument für Ihr Postulat ist das Geld: Eine vererbte Million sei möglicherweise zum Teil mit Sklavenarbeit verdient worden. Wie viel genau, wissen Sie selbst nicht. Der Bilanzwert der SBB beträgt heute beispielsweise 16 Milliarden Franken. Wenn Sie sich die Bilanzwerte aller anderen Institutionen vor Augen halten, die Alfred Escher gegründet hat, haben Sie eine Relation dazu, wo ungefähr diese Million liegen könnte. Tragischer ist eigentlich, dass beim Bau des Gotthardtunnels fast zweihundert Arbeiter gestorben sind. Wo ist das Postulat der SP als ehemalige Arbeiterpartei bezüglich der 199 Schweizer,*

die beim Bau der ersten Gotthardtunnels starben? Wo sind die Linksparteien, die darüber sprechen wollen, dass in Drittweltländern heute noch sklavereiähnliche Zustände herrschen?

Marco Geissbühler (SP): Die SP-Fraktion unterstützt dieses Postulat, weil es einen wichtigen Beitrag zur geschichtlichen Aufarbeitung vergangenen Unrechts leistet. Mittlerweile ist allgemein bekannt, dass Schweizer Geschäftsleute und Schweizer Institutionen bis weit ins 19. Jahrhundert in die Sklaverei verwickelt waren. Sie haben in den Sklavenhandel investiert und davon profitiert. Sie haben selbst Sklavinnen und Sklaven gehalten und ausgebeutet. Sie haben die Sklaverei mit rassistischen Äusserungen legitimiert. Das hat die Geschichtswissenschaft zur Genüge aufgearbeitet und bekannt gemacht – auch, weil in diesem Ratssaal wichtige Vorstösse in diesem Bereich überwiesen wurden. Es gab Vorstösse zur Rolle von Zürich im Sklavenhandel des 18. und 19. Jahrhunderts, zur Offenlegung der Archive der Bank Leu (heute Teil der Credit Suisse) und zur Rolle der Familie Escher, die bereits in einer Debatte im vergangenen Sommer erwähnt wurde. Der Vorstoss von Andrea Leitner Verhoeven (AL) ist ein weiteres Puzzelstück in der Aufarbeitung, weil viele relevante Informationen und Dokumente heute noch in Privat- und Unternehmensarchiven unter Verschluss gehalten werden. Darum geht es. Banken und Versicherungen spielen lieber ihre früheren Verwicklungen in den Sklavenhandel herunter, statt sie schonungslos aufzuarbeiten. Dabei würde eine solche Offenheit und Transparenz gerade den betroffenen Firmen und Familiendynastien gut anstehen. Licht in ein dunkles Kapitel unserer Geschichte zu bringen: Wer könnte dagegen sein und warum? Ein Schelm der Böses dabei denkt. Der Vorstoss bietet den betroffenen Unternehmen heute – zweihundert Jahre später – die Chance, diesmal auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Man kann nur hoffen, dass Sie diese Chance auch nutzen werden.

Isabel Garcia (GLP): Die GLP teilt im Grundsatz das Bedürfnis nach Transparenz und Zugang zu Informationen aus nicht erfreulichen historischen Zeiten. Es geht jedoch zu weit, dass man den Unternehmen vorschreibt, was und wie weit sie die Vergangenheit offenlegen müssen. Deshalb lehnen wir dieses Postulat ab. Die Gefahr, dass jedes Unternehmen eine Haushistorikerin oder einen Haushistoriker engagieren muss, um die entsprechenden Auskünfte erteilen zu können, erscheint uns als zu gross. Die Diskussion über dieses schwierige Thema und über Transparenz und Zugang zu den entsprechenden Informationen hat aber sicher ihre Berechtigung.

Stefan Urech (SVP): Yasmine Bourgeois (FDP) hat in ihrem letzten Satz noch begründet, warum solche historischen Aufarbeitungen nicht von einem Stadtrat betrieben werden sollten, sondern von den Hochschulen: Um eine politische Einfärbung zu vermeiden. Ich möchte dies an einem Beispiel erläutern, nämlich an Le Corbusier. Seinen Pavillon haben wir vor nicht allzu langer Zeit eröffnet. Vor Kurzem kamen Briefe von Le Corbusier an seine Mutter an die Öffentlichkeit. Darin ist die Rede von niederträchtigen Juden, die mit ihrem blinden Durst nach Geld das Land korrumpieren. Er äussert darin auch seine Bewunderung für Hitler und Mussolini. An der Eröffnung dieses schönen Pavillons sprach ich Peter Haerle (Direktor Kultur) darauf an, dass dieser Aspekt nicht präsent sei. Er versicherte mir, dass alles aufgearbeitet sei und schickte mir am nächsten

Tag ein elfseitiges Dokument. Die Quintessenz daraus: Diese Äusserungen seien im historischen Kontext zu sehen. Es wurde argumentiert, dass Le Corbusier einfach bauen wollte und sich deshalb zu solchen Äusserungen habe hinreissen lassen. Seine Überzeugung sei dies nicht wirklich gewesen. Le Corbusier ist positiv besetzt, das ist jemand, den man mag. Dann sieht die Aufarbeitung so aus. Bei grossen, bösen Firmen jedoch ist gleich Schluss, wenn auf einem Formular das falsche Kästchen angekreuzt wird.

Yasmine Bourgeois (FDP): *Die Diskussion geht völlig an der Wirkung dieses Postulats vorbei. Stellen Sie sich vor, was für ein Bürokratiemonster dieser Vorstoss bewirken würde. Firmen kämpfen schon mit genug Vorschriften. Generieren wir nicht noch mehr Bürokratie.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Stadtrat ist bereit, dieses Postulat entgegen zu nehmen, möchte aber gleichzeitig auch betonen, dass es sich um ein sehr anspruchsvolles Anliegen handelt. Erstens gilt bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen das Submissionsrecht. Die Forderungen des Postulats müssen mit dem übergeordneten Recht in Einklang stehen. Unsere Abklärungen bei der Fachstelle für das Beschaffungswesen im Finanzdepartement haben gezeigt, dass dies ziemlich anspruchsvoll ist. Ein Beispiel dazu: Verbindungen zur früheren Sklaverei liegen naturgemäss in der Vergangenheit. Verstösse gegen Bestimmungen, die im Rahmen des Submissionsrechts berücksichtigt werden können, müssen zeitnah erfolgt sein, damit ein Unternehmen von einem öffentlichen Auftrag ausgeschlossen werden kann. Das Recht und die Rechtsprechung im Kanton Zürich sind diesbezüglich sehr eindeutig. Zweitens geht es um die Frage der Kontrolle. Die Stadt Zürich vergibt jedes Jahr tausende von Aufträgen. Etwas anderes als Selbstdeklaration wäre bei dieser Anzahl von Aufträgen praktisch nicht umsetzbar. Gemäss Submissionsrecht dürfen aber nur solche Zuschlagskriterien definiert werden, die auch überprüfbar sind. Es ist fraglich, ob die Stadt Zürich tausende Selbstdeklarationen bezüglich Sklaverei überprüfen könnte, wenn entsprechende Ereignisse 100, 200 oder 300 Jahre zurückliegen. Drittens argumentiert das Postulat mit Beispielen aus der Vergangenheit. Wir sind der Meinung, dass auch moderne und verwandte Formen der Sklaverei angeschaut werden müssen, beispielsweise Zwangsprostitution. Diese Formen von Zwangsarbeit werden vom Strafrecht und vom Submissionsrecht erfasst. Eine Firma, die mit der Stadt geschäften will, verpflichtet sich beispielsweise, das Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) einzuhalten. Dieses schliesst Zwangsarbeit explizit aus. Unser Submissionsrecht verlangt, dass faire Arbeitsbedingungen garantiert sind. Was vor hundert oder noch mehr Jahren passiert ist, kann letztlich nur mit sehr viel Aufwand und Spezialwissen abgeklärt werden. Unsere bisherigen Abklärungen haben gezeigt, dass es aus rechtlicher Sicht nur mit einer Änderung des bestehenden übergeordneten Submissionsrechts möglich wäre. Auf diese Schwierigkeiten wollte ich sie hinweisen. Trotzdem sind wir bereit, das Postulat zur Prüfung entgegen zu nehmen und die Abklärungen noch weiter zu vertiefen.*

6 / 6

Das Postulat wird mit 54 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat